

## SALZBURGER RAUMORDNUNG

### Schluss mit den Fachmarkt-Kisten

Der Stopp für die Erweiterung von Einkaufszentren in Salzburg war erst der Anfang umfangreicher Überlegungen zur Neugestaltung der Raumordnung im Land Salzburg: Die zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler (Grüne), die nicht davor zurückgeschreckt war, sich unter anderem mit dem in Salzburg (all)mächtigen Spar-Konzern und mit der Salzburger Kronen Zeitung anzulegen, stimmt sich derzeit mit der ÖVP und dem Team Stronach zur Novellierung des Salzburger Raumordnungsgesetzes ab, um dann einen Vorentwurf zu erstellen, wie aus dem Büro Rössler bestätigt wird.



Astrid Rössler

Im Positionspapier „3 x 3 Handlungsfelder in der Raumplanung“ sind die wesentlichen Überlegungen festgehalten. In dieser „Unterlage für das Regionalforum zum Dialog Raumplanung“ geht es unter anderem um

die künftige Vermeidung von ebenerdigen Fachmarkt-Kisten, indem solchen Bauten eine Mindestdichte vorgeschrieben wird, die beispielsweise zwei Wohn- und Bürogeschosse auf dem Einzelhandelsobjekt vorsieht. Je nach Standort soll es in Zukunft „niedrige“, „mittlere“ und „hohe“ Bebauungsdichten geben. Das wieder müsste im Bebauungsplan stehen.

Deshalb soll der flächendeckende Bebauungsplan ein wesentliches Instrument der Raumordnung werden, der nicht nur, so wie derzeit, jede einzelne Parzelle umfasst, sondern größere Einheiten. Das wird als eine der Möglichkeiten zur Verhinderung der weiteren Zersiedelung gesehen und zur Hebung von Nachverdichtungs-Potenzialen. Im benachbarten Bayern gebe es dafür eine übergeordnete Ebene, was auch für Salzburg angestrebt wird, eine interkommunale Raumordnung, was auch Salzburger Bürgermeister so sähen, heißt es weiters aus dem Büro Rössler.

## GITZENTUNNEL IN BERGHEIM

### Teure Verkehrsentslastung

Noch heuer will das Land Salzburg den Gitzentunnel ausschreiben, zwei Tunnelanlagen mit insgesamt 2,5 km Länge, der die Gemeinde Bergheim bei Salzburg vom Verkehr entlasten soll. Wofür derzeit 110 Millionen Euro geplant sind, die das besonders klamme Land Salzburg aber nicht hat, vielmehr sieht es sich unter anderem derzeit gerade mit einer aktuellen Finanzamts-Nachforderung konfrontiert, die etwa die Hälfte davon ausmacht.

Wer hat, der hat – und wer nicht hat, macht trotzdem: **Deshalb geht das Land jetzt auf ein Private-Public-Partnership-Modell (PPP) los, welches das Land ziemlich genau das Doppelte kosten dürfte**, rund 220 Millionen Euro, wenn es 25 Jahre läuft, wie der Salzburger Baudirektor Christian Nagl schätzt. Dafür hat das Land Salzburg soeben die Dienstleistung „Wirtschaftsberatung“ ausgeschrieben, die fünf Jahre lang erbracht werden soll und den Gitzentunnel, die Euregio-Bahn – falls Bund und EU mitzahlen – sowie ein neues Verwaltungszentrum umfasst.

Das alles, um „Unser Dorf bei Salzburg“ (wie sich Bergheim selbst nennt) vom Verkehr zu entlasten. Von der Tagesfrequenz, die zwischen

16.000 und 19.500 Fahrzeugen liegt, „an Spitzentagen 24.000“, sagt ÖVP-Bürgermeister Hans Hutzinger, erwarten sich die Verkehrsplaner knapp die Hälfte im Gitzentunnel. Und auch bis zu zwei Drittel der 3.000 täglichen Lkw-Fahrten.

Bergheim hat etwas mehr als 5.000 Einwohner und grenzt mit seiner Südgrenze direkt an die Landeshauptstadt. Bürgermeister Hutzinger hat bereits klargemacht, dass die Gemeinde keinesfalls mitzahlen werde. Dafür wünscht er sich den Tunnel-Spatenstich noch 2018 und in der Verlängerung des Tunnels ein Salzach-Kraftwerk mit einer Brücke nach Bayern.

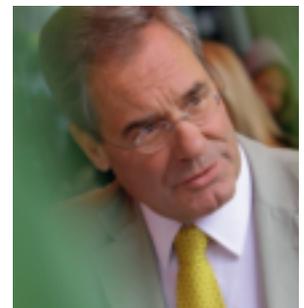
Apropos Straßen-PPP – nachzulesen beim NÖ Landesrechnungshof im November 2014: Ein vergleichbares Straßen-PPP, nämlich die Umfahrung Maissau, ist wesentlich teurer gekommen als es eine Eigenfinanzierung des Landes gewesen wäre.

## E-VERGABE

### Mehr Kooperation gefordert

Österreichweit werden jährlich öffentliche Aufträge im Wert von rund 56 Milliarden Euro vergeben. Dies geschieht aufgrund einer EU-Richtlinie künftig nur noch auf elektronischem Weg. Derzeit sind viele bei der Nutzung der e-Vergabe aber noch zögerlich – laut Auftragnehmerkataster Österreich (ANKÖ) auch deshalb, weil es zu viele verschiedene e-Vergabeplattformen gibt. Dies macht die Anwendung der elektronischen Vergabe für Unternehmen wie auch Auftraggeber kompliziert.

Derzeit existieren österreichweit 13 Anbieter der elektronischen Vergabe. Bis zum Jahr 2018, wenn laut EU-Richtlinie sämtliche öffentlichen Auftragsvergaben elektronisch abgewickelt werden müssen, könnten es noch mehr sein. Denn immerhin geht es um ein Volumen von mehr als 16 Prozent des BIP, das Bund, Länder, Gemeinden sowie staatsnahe Unternehmen jährlich ausschreiben.



Alfred Jöchlinger

Für ANKÖ-Geschäftsführer Alfred Jöchlinger ist dieser Plattform-Wildwuchs für ein kleines Land wie Österreich eindeutig nachteilig: „Es ist den Unternehmen nicht zumutbar, sich mit so vielen unterschiedlichen Vergabeplattformen vertraut zu machen“, so Jöchlinger. Er fordert daher mehr Kooperation der einzelnen Plattformen untereinander, sodass zumindest die technischen Formate kompatibel sind (Stichwort Interoperabilität) und Unternehmen nicht 13 verschiedene Logins etc. benötigen. Jöchlinger: „Wir führen bereits Gespräche mit anderen Marktteilnehmern, um hier Erleichterungen für die Anwender zu erzielen. Doch wir brauchen auch die Unterstützung des Gesetzgebers.“

**Laut Jöchlinger spiegelt sich dieser „Fleckerlteppich“ an Plattformen in der derzeitigen Nutzung der e-Vergabe wider.** Zwar steigt die Nutzung je näher die EU-Fristen für die verpflichtende e-Vergabe rücken. Dennoch werden erst maximal zehn Prozent aller öffentlichen Vergaben elektronisch abgewickelt.